

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Strafexpedition nach Barmen.

Baldwin redet, Poincaré marschiert.

Münster, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Heute morgen 7 Uhr wurde Barmen von starker französischer Kavallerie und Infanterie besetzt. Stärkere Patrouillen füllten nach Elberfeld vor, um Anschluss an nach dort marschierende Truppen zu machen; doch ist Elberfeld zur Stunde noch unbefestigt. In Barmen sind bis jetzt besetzt: Hauptbahnhof, Rathaus, Reichsbank, Deutsche Bank. Auf der Straße befindliche Schutzpolizei wurde entwaffnet. In Dohwinkel liegen etwa 20 Lastkraftwagen mit Infanterie marschbereit. Die Befestigung von Elberfeld ist stündlich zu erwarten.

Die Franzosen wieder abgerückt!

Barmen, 13. Juli. (W.T.B.) Die Franzosen sind gegen 11 Uhr abends vollständig wieder abgerückt. Wie bei einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister, der während der vorübergehenden Besetzung in seinem Amtszimmer festgehalten wurde, von einem Dolmetscher erklärt wurde, handelte es sich bei dem Vorstoß um eine Strafmaßnahme gegen die Schutzpolizei wegen des Zwischenfalles bei Ronsdorf. Außer einigen Schutzpolizeibeamten ist der Reichsbankdirektor Dr. Krull von den Franzosen verhaftet und abgeschleppt worden. Während der Besetzung wurde der Zugverkehr fortgesetzt; die Züge durften aber nicht verlassen, und die Bahnsteige nicht betreten werden. In dem Straßenbahnverkehr trat dadurch eine Behinderung ein, daß an verschiedenen Stellen Panzerautos quer über die Schienen gestellt wurden. Neben den staatlichen und städtischen Gebäuden waren auch die Ausgänge der Stadt stark besetzt.

Gestern hat der englische Ministerpräsident unter lautem Beifall der öffentlichen Meinung seines Landes die militärische Politik Frankreichs als zwecklos und schädlich gekennzeichnet; und so sehr er sich hütete, in seine Rede einen Gefühlsston zu legen, der als freundliche Empfindung für das gequälte deutsche Volk gedeutet werden könnte, hat er sich doch nicht der elementaren Menschenpflicht entzogen, auch über die Leiden der Bevölkerung in den vergewaltigten Gebieten einige Worte zu sagen.

Herie früh hat der französische Militarismus auf diese Rede Baldwins seine Antwort gegeben. Es mag sein, daß dieses neue ruhmvolle Unternehmen schon vor der Rede Baldwins in Vorbereitung war, aber jedenfalls ist es auf Befehl der französischen Regierung ins Werk gesetzt worden, und man hat keinen Anlaß gesehen, diesem Befehl mit Rücksicht auf die diplomatischen Ereignisse zu widerrufen. Mag Baldwin reden, Poincaré marschiert.

Man sieht an diesem Vorgang deutlich, wie sich die derzeitige Machtüber Frankreichs die Verteilung der Rollen innerhalb der Entente vorstellt. Mit Befriedigung hat man in Paris notiert, daß Baldwin eine diplomatische Sonderaktion wenigstens unmittelbar nicht beabsichtigt. Inzwischen treibt man die eigene militärische Sonderaktion nach Belieben weiter vor. Man hält es für selbstverständlich, daß die englische Regierung ihre gepante Note an Deutschland in Paris zur Prüfung einreicht, aber man hält offenbar den Gedanken für unmöglich, daß man den Einmarschplan für Barmen-Elberfeld zuvor in London zur Prüfung hätte einreichen sollen.

Ueber den Ronsdorfer Zwischenfall geht uns eine Privatmeldung zu, nach der die neue Besetzung auf Reibereien zwischen der französischen Wache und der Grenzbevölkerung zurückzuführen ist. Nach dieser Meldung sollen französische Zollbeamte deutsche Zivilisten mißhandelt haben, worauf die Zollbeamten von bewaffneten Deutschen unter schweren Mißhandlungen herausgeholt und nach Elberfeld geschleppt worden seien, von wo sie die Behörden dann wieder ins besetzte Gebiet zurückbrachten. Mag auf diese Weise auch ein unmittelbarer Anlaß zur militärischen Aktion gegeben gewesen sein, so hätte die französische Regierung doch neue Strafexpeditionen als höchst unzeitgemäß empfinden müssen, wenn ihr an der Stimmung in England auch nur das allgeringste gelegen hätte.

Solche Strafexpeditionen und Verschleppungen fremder Staatsangehöriger ins Gefängnis sind nicht das Mittel, Zwischenfälle zwischen zivilisierten Völkern beizulegen.

Die Politik der Geduld, in der sich England übt, und die Politik des Hebermuts, die Frankreich treibt, lassen sich nicht besser kennzeichnen als durch diese neuesten Tatsachen.

Bei der Eigenart der militaristischen Denkweise ist es nicht unmöglich, daß die Pariser Machthaber sich einbilden, die neuen Maßnahmen könnten in Deutschland gewissermaßen als ein Gegengewicht gegen Baldwins Erklärung wirken. Vielleicht will man noch einmal durch eine Massendemonstration von Infanterie, Artillerie und Kavallerie den Deutschen zeigen, wer heute tatsächlich in Europa die Macht hat. Ueberflüssig zu sagen, daß solche Spekulationen aussichtslos sind — am allermeisten bei den arbeitenden Massen Deutschlands, auf die militaristische Demonstrationen zwar stets aufreizend, aber niemals überzeugend wirken.

So vorsichtig die englische Regierungserklärung auch abgefaßt ist, so ist sie doch in ihrem Kern eine Aufsehnung gegen das absolutistische System, das Frankreich innerhalb der Entente zu seinen Gunsten eingeführt hat, und ein behutsam vortastender Versuch, das konstitutionelle System zurückzugewinnen. Damit ist auch schon gesagt, daß es sich keineswegs um eine neue Machtkonstellation in Europa handelt, die hier in Erscheinung tritt, sondern nur um eine Auseinandersetzung innerhalb einer Machtkonstellation, die man auch in England noch als eine gegebene Tatsache betrachtet. Nur wenn man sich dessen bewußt bleibt, daß England nichts Deutschland zuliebe tut, sondern nur darauf bedacht ist, seinen traurig dahingeschwundenen Einfluß in Europa allmählich wieder zurückzuerobieren, gewinnt man zu den neuesten außenpolitischen Ereignissen den richtigen Gesichtswinkel.

Eine Uebereinstimmung zwischen Deutschland und England besteht nur insoweit, als Deutschland unter der Ruhrbesetzung direkt leidet und England indirekt — in materieller wie in moralischer Beziehung. Ferner auch darin, daß England wirtschaftlicher Lösungen unter Vermeidung von Gewalt sucht und daß Deutschland solche Lösungen natürlich lieber sehen muß als die fortgesetzten gewaltpolitischen Vorstöße Frankreichs. Nichts aber wäre falscher, als wenn man deshalb von der englischen Antwort, die in Vorbereitung ist, lauter Annehmlichkeiten erwarten würde.

Schlieflich kann man bei aller Vorsicht der Beurteilung doch feststellen, daß ein diplomatischer Fortschritt erzielt wurde, der auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni zurückzuführen ist. Wer sich daran erinnert, welche Mühe sich die Sozialdemokratische Partei gegeben hat, um das Zustandekommen dieses Memorandums zu bewirken, der wird sehr wohl auch den politischen Gedanken erkennen, von dem sich die Partei damals leiten ließ.

Das unwillige Paris.

Die Pariser Blätterstimmen über die englische Regierungserklärung sind vorwiegend unfreundlich.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt, eine Persönlichkeit, die über die Ansichten der französischen Regierung unterrichtet sei, habe ihm erklärt, die Höflichkeit Baldwins dürfe Frankreich nicht über die ungeheuren Meinungsverschiedenheiten täuschen, die Frankreich und England trennten. Es läge nicht in der Macht Poincarés, auch nur das Geringste an der Aktion im Ruhrgebiet zu ändern, solange die deutsche Regierung ihre Haltung nicht ändere. Poincaré habe immer erklärt, daß Frankreich bereit sei, seine Truppen nach Maßgabe der Zahlungen zurückzuziehen. In dieser Richtung sei es der französischen Regierung, die von der öffentlichen Meinung unterstützt werde, nicht möglich, ihre Entschlüsse zu ändern, um so weniger als Deutschland durch die Unterstützung Englands in seinem Widerstand ermutigt werde. Solange Frankreich nicht sicher sei, bezahlt zu werden, werde es das Pfand des Ruhrgebiets behalten und nicht aufgeben. — Der gleiche Berichterstatter meldet, es sei nicht unwahrscheinlich, daß eine Zusammenkunft Baldwins und Poincarés stattfinden werde, sobald die Ansichten der beiden Ministerpräsidenten sich so genähert hätten, daß nützliche Ergebnisse einer Unterredung zur Unterredung zu erwarten seien.

Börse-Baldwin-Barmen.

Die Erklärungen des englischen Premierministers Baldwin haben bereits an den Wallbörsen eine wesentliche Erholung des Kurzes der deutschen Mark hervorgerufen. Im heutigen Vormittagsverkehr von Basel, Amsterdam und anderen Städten hielt diese Tendenz zunächst an. Als jedoch die Besetzung von Barmen und Elberfeld bekannt wurde, die man im Auslande als eine Demonstration Poincarés gegen Baldwin betrachtete, stellte sich ein neuer Marksturz ein. Von verschiedenen Plätzen des Kontinents wurden gegen Mittag Marktkurse gemeldet, die einer Portität von 260 000 bis 280 000 entsprechend. (Wenn der Abzug der Franzosen aus Barmen bekannt wird, dürfte sich der Markkurs im Auslande wieder nach der Baldwin-Rede richten! Red.) Im Berliner amtlichen Devisenverkehr kamen diese Schwankungen nicht so sehr zum Ausdruck. Die Notierungen konnten nur wieder unter äußerst scharfen Repartierungen durchgeführt werden. Auf die begehrten Devisen wurden nur 4 Proz. zugekauft. London notierte 860 000, Amsterdam 73 000. Die Festsetzung des Dollarkurses zog sich sehr in die Länge, da eine außerordentlich große Nachfrage, so gut wie gar keinem Angebot gegenüberstand. Am Effektenmarkt war die Tendenz anfangs im Hinblick auf die anhaltende Geldmarktversteifung und die höhere Bewertung der Mark an den Plätzen der ausländischen Börsen etwas flauer. Auf verschiedenen Märkten ergaben sich Kursrückgänge. Der Umschwung der Tendenz im Devisenverkehr zog jedoch auch am Effektenmarkt einen durchgreifenden Stimmungswegsel nach sich. Die Spekulation nahm zu den späteren Kurzen auf der ganzen Linie Rückläufe vor.

Nach derselben Quelle wird sich der französische Ministerpräsident heute unter dem Vorsitz von Millerand mit der gestrigen Rede Baldwins im Unterhause beschäftigen. Die Ausführungen Baldwins hätten die Tür für ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England vollkommen verschlossen. Vor allen Dingen werde sich Poincaré zunächst mit der belgischen Regierung ins Einvernehmen setzen.

In seinem Kommentar zu der Rede Baldwins stellt der „Makin“ fest, daß in ihr auch nicht mit einem einzigen Worte der passive Widerstand verurteilt werde. Infolgedessen schwindet die Hoffnung, doch noch zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu gelangen. Trotzdem habe Poincaré den französischen Botschafter in London angewiesen, die Besprechungen mit den englischen Ministern fortzusetzen.

Der „Petit Parisien“ protestiert gegen die Kritik, die Baldwin an der französischen Ruhrpolitik übe, ohne gleichzeitig auch den deutschen passiven Widerstand zu verurteilen.

Das „Journal“ hat den Eindruck, daß Baldwin den Vermittler zwischen Paris und Berlin spielen wolle und deshalb auf eine Brandmarkung der Allentage verzichtet habe. Der „Figaro“ endlich ist der Anschauung, daß die Form der Rede Baldwins nach den in Berlin gehegten Erwartungen dort geradezu katastrophal wirken müsse. Das ist ein Irrtum, niemand in Berlin hat erwartet, daß Baldwin Deutschland an den Hals fallen werde.

Lardieu läßt im „Echo National“ die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne die Politik Poincarés im Sinn der Gruppe Clemenceaus zu kritisieren. Baldwin habe mehr Schwierigkeiten aufgewiesen, als Lösungen vorgeschlagen. Im ganzen genommen vertage die gestrige Rede die Ungewißheit, die seit 3 Wochen andauert und verschiedene die Lösung ins Ungewisse. Nichts Unerföhrliches sei gesagt worden, und bereits darüber wünsche man sich gegenseitig Glück. Aber auf beiden Seiten des Kanals herrsche Unverständnis und vollkommener Mangel an gemeinsamem Fühlen. Nachdem man gemeinsame Opfer gebracht und gemeinsames Blut vergossen habe, verliere man sich im Zanf über die Art des Vorgehens. Baldwin bilde sich ein, Deutschland wolle bezahlen und es handle sich nur darum, seine Zahlungsfähigkeit festzusetzen. Poincaré seinerseits bilde sich ein, daß er das Ruhrgebiet in fruchtbarer Weise besetzt halte, und ein produktives Pfand daraus gemacht habe. Jeder dieser beiden Herren meint Lardieu, betrachte Schatten als Wirklichkeit.

Von der Linken sei der Artikel des „Deuvre“ erwähnt, in dem es heißt, die englische Regierung werde den Alliierten ihren Antwortentwurf auf Deutschlands Vorschläge vorlegen. Das sei die wesentlichste Tatsache. Nach sechsmonatigem Stillschweigen tritt England aus seiner Reserve heraus und verbirgt nicht seinen Wunsch, nunmehr, wenn man so sagen kann, die Leitung der diplomatischen Aktion zu übernehmen. „Wir“, sagt „Deuvre“, „bedauern mit Baldwin, daß Frankreich durch sein starrsinniges Schweigen sich die Initiative bei so schwerwiegenden Umständen entgehen läßt. Wir hoffen, daß diese nicht wieder einmal darauf beschränkt wird, den englischen Bundesgenossen zu versichern, daß Frankreichs Standpunkt unabänderlich ist und daß es nicht mehr der Mühe für wert hält, die Lage zu prüfen.“

Rasche Vorbereitung der Antwortnote.

Paris, 13. Juli. (E.G.) Wie der „Petit Parisien“ aus London meldet, wird der englische Entwurf der Antwort auf die deutsche Note der französischen, belgischen und italienischen Regierung spätestens am Montag übergeben werden.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ erzählt, daß die englische Antwortnote an Deutschland nicht sehr lang sein wird. Sie wird sich dem Vernehmen nach hauptsächlich mit der deutschen Anregung, die Leistungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkonferenz prüfen zu lassen, beschäftigen. Der „Times“ zufolge wird die Note in Vorschlag bringen, eine derartige Körperchaft durch die Reparationskommission zusammenstellen zu lassen. Der Zustimmung der italienischen Regierung sei Baldwin sicher, doch könne man aus seiner Rede schließen, er hege die Hoffnung, daß auch die belgische Regierung die englischen Vorschläge annehmen werde.

Der Eindruck in Amerika.

Aus New York meldet „Daily Mail“, die Enttäuschung über die Erklärungen Baldwins sei groß, weil Baldwin mit keinem Worte den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes auf Einberufung einer internationalen Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit berührt habe. Man hoffe allerdings in Washington, daß es sich in der Reue mehr um eine Eröffnung handele, der nun auch die Taten folgen würden. An der Börse war der Eindruck der Rede sehr schlecht, es herrschte

eine starke Baife. Besonders in Farmertreffen war man deprimiert, weil man nach der Rede Baldwin die Hoffnung wieder schwinden sieht, Europa möchte in absehbarer Zeit wieder in stärkerem Maße als Käufer auf dem amerikanischen Getreidemarkt auftreten. Senator Borah wiederholte seinen Antrag auf Einberufung einer Weltkonferenz zur Regelung der Wirtschaftspragen. Es muß dahin gestellt bleiben, ob diese Meldung der allgemeinen Stimmung Amerikas entspricht, das den europäischen Dingen in der letzten Zeit nicht allzuviel Interesse entgegenbrachte.

Greys Rede im Oberhaus.

London, 13. Juli. (W.B.) Lord Grey führte in der gestrigen Oberhaus-Rede aus, die letzte deutsche Note bedeute hinsichtlich der finanziellen und wirtschaftlichen Seite der Reparationsfrage eine Kapitulation Deutschlands. Die Regierung handele richtig, wenn sie erkläre, daß diese Note nicht zurückgewiesen werden sollte. Die deutsche Regierung werde in eine unmögliche Lage gedrückt, wenn man von ihr die Aufgabe des passiven Widerstandes verlange, bevor eine Erörterung beginnen könne und gleichzeitig erkläre, das letzte Angebot sei keiner Erörterung wert.

In letzter Stunde.

Das Reformprogramm des Reichswirtschaftsrates.

Lang hat es gebraucht, bis die Grundzüge, die die Sozialdemokratie seit langer Zeit in der Steuer- und Wirtschaftspolitik vertreten hat, sich durchsetzen. Viel wäre dem deutschen Volke erspart geblieben, nicht nur unsere innere, sondern auch unsere auswärtige Situation wäre eine weitaus bessere, wenn die Vorschläge, die seinerzeit Genosse Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister vertrat, nicht an dem kurzfristigen und interessierten Widerstand der beklagenden Kreise gescheitert wäre. Jetzt, in letzter Stunde, sieht man ein, daß die Durchführung des Finanzprogramms, das die Sozialdemokratie vertritt, eine unbedingte Notwendigkeit für unsere gesamte Politik ist.

Dies zeigen auch die Beschlüsse, die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat über Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungs-, Finanz- und Wohnpolitik nach einem Referat des Genossen Hilferding gefaßt worden sind. Die Beschlüsse beruhen auf dem Grundgedanken, daß die Goldrechnung in der privaten Wirtschaft außerordentlich stark um sich gegriffen hat und in den letzten Wochen des Währungsverfalls beinahe zur Alleinherrscherin geworden ist. Die Mark hat aufgehört, Wertmesser und Wertbewahrungsmittel zu sein. Selbst ihre Funktion als Zahlungsmittel wird trotz aller gesetzlichen Vorschriften im Großverkehr immer mehr eingeschränkt. Fast nur im Kleinverkehr und für Wohnungszahlungen dient die Mark als Zahlungsmittel. Dies bedeutet aber die außerordentlich große Gefahr, daß die Entwertung der Mark immer beschleunigter und unaufhaltbarer vor sich geht, wenn nicht endlich der Staat in seiner Finanzwirtschaft dem Beispiel der privaten Wirtschaft folgt. Der Staat muß zu wertbeständigen Steuern kommen, die Geldentwertung darf nicht länger von ihm allein getragen werden, die Steuerpflichtigen dürfen nicht auf Kosten des Staates die Inflationsgewinnler bleiben, die sich in entwerteter Mark ihrer Steuerlast entledigen.

Der geradezu skandalöse Zustand, daß das Reich, die Betriebsverwaltungen und die Länder in die Milliarden gehende Summen auf längere Zeit der Privatwirtschaft gegen minimale Papierzinsen schuldet, muß endlich beseitigt werden. Der Ruhrkampf darf nicht mehr allein durch die Notenpresse, er muß durch Zuschläge auf bestehende Steuern, sowie durch Ausgabe einer langfristigen Reichsgoldanleihe gegen Zahlung von Papiermark finanziert werden. Die Reichsbank muß die Zinsen dieser Anleihe garantieren.

Ebenso ist es zu begrüßen, daß der Reichswirtschaftsrat unseren Forderungen einer energischen Stützungsaktion, den die Reichsbank und darüber hinaus einer Reform der ganzen Reichsbankpolitik, die ebenfalls die Goldrechnung zu ihrer Grundlage macht und die Geschenke befei-

tigt, die die Reichsbank bisher der privaten Wirtschaft durch ihre Kreditpolitik gemacht hat. Und noch in seinem dritten Punkte bedeuten die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates einen wichtigen Fortschritt. Das Prinzip der wertbeständigen Löhne ist vollständig anerkannt worden, und ebenso ist in den Beschlüssen hervorgehoben die Wichtigkeit der Lebenshaltungskosten als Grundlage für die ständige Anpassung der Löhne.

Die Beschlüsse heben mit Recht hervor, daß in der augenblicklichen Situation die steuerpolitischen Maßnahmen die wirklich lebenswichtigen sind, daß nur bei der radikalen Aenderung und Besserung unserer Steuerpolitik die Mark-Stützungsaktion der Reichsbank Erfolg haben kann. Es ist jetzt Sache der Regierung, mit ganz anderer Energie als bisher an die Ausführung zu gehen, und es ist Sache der Reichsbank, endlich ihre unverständliche, schematische, den Bedürfnissen der Wirtschaft in keiner Weise gerecht werdende Methode zu ändern und die notwendigen Maßnahmen zur Rettung vor der völligen Währungsstasiskonkurrenz zu ergreifen. Es geht nicht länger an, daß die Regierung planlos das eine, bald das andere Mittelchen versucht. Nur die Anwendung der Gesamtheit der von uns vorgeschlagenen und vom Reichswirtschaftsrat größtenteils anerkannten Mittel, nur eine wirklich einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik kann noch helfen. Die Regierung ist voll verantwortlich dafür, daß diese Maßnahmen ergriffen werden. Ein längerer Zaudern und Schwanken ist unerträglich und wird von den Massen auch nicht schweigend hingenommen werden.

Sozial-Attachés.

Genosse Joh. Sassenbach, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, schreibt uns:

Im Januar 1921 habe ich im ersten Heft der vom IGB. herausgegebenen Zeitschrift „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“ einen kurzen Artikel veröffentlicht, der sich mit einem Beschlusse des Internationalen Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1919 beschäftigte. Durch einen von Appleton-England, Souhaug-Frankreich und Sassenbach-Deutschland gestellten Antrag, der einstimmig Annahme fand, wurden die Regierungen aufgefordert, ihren Vertretungen in den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Sozial-Attachés beizugeben, die von den Gewerkschaften vorzuschlagen sind. In demselben Artikel habe ich die Aufgaben der Sozial-Attachés und die Eigenschaften geschildert, die eine solche Persönlichkeit haben muß. Ich konnte dabei darauf hinweisen, daß die deutsche, schwedische und norwegische Regierung bereits den Anfang mit einer solchen Vertretung gemacht hatten.

Es dürfte jetzt an der Zeit sein, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, da die Gefahr besteht, daß dieser Beschluß eines internationalen Kongresses in Vergessenheit gerät. Die norwegische Regierung hat bereits ihren Berliner Sozial-Attaché zurücküberufen, in Schweden bestand einmal dieselbe Absicht, und die Stelle, die ich selbst als einziger deutscher Sozial-Attaché bei der Botschaft in Rom einnahm, ist noch nicht wieder besetzt. Von weiteren Ernennungen von Sozial-Attachés ist mir nichts bekannt.

Meine Tätigkeit in Rom hat mich in der Auffassung bestärkt, daß die Arbeiterschaft darauf bestehen muß, bei der Vertretung ihrer Länder in fremden Staaten beteiligt zu sein. Die Vertretung im Auslande, sowohl in leitenden wie in nachgeordneten Stellen ist bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Privilegium einer besonderen Schicht gewesen, auch in solchen Ländern, in denen die Arbeiterschaft einen großen Einfluß auf die innere Verwaltung hat. Dieses ist teilweise darauf zurückzuführen, daß in vielen Staaten durch die Kriegsfolgen eine Anzahl Personen, die früher im auswärtigen Dienst tätig waren, noch nicht untergebracht werden konnten. Die Arbeiterschaft kann indessen mit ihren berechtigten Ansprüchen nicht warten, bis der letzte Segenstat oder Attaché wieder einen Wirkungskreis gefunden hat.

An die Hinzufügung von Sozialattachés zu allen Auslandsvertretungen braucht dabei nicht einmal gedacht zu werden, es genügt als Anfang, wenn sie dort eingegliedert werden, wo besondere

Umstände dieses wünschenswert machen. Für England dürfte dieses in erster Linie bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und bei den eigenen Kolonien der Fall sein; für Deutschland bei den angrenzenden Ländern Polen, Tschechoslowakei und Rußland; die Arbeiterschaft der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie hat ebenfalls ein großes Interesse daran, bei der gegenseitigen Vertretung beteiligt zu sein. Italien, Polen und Tschechoslowakei senden viele Arbeiter nach Frankreich, über deren Behandlung öfters geklagt wird, Sozialattachés könnten dort gute Dienste leisten. Sobald eine größere überseeische Auswanderung wieder möglich wird, dürfte die Arbeiterschaft sowohl der Auswanderungs- wie der Einwanderungsländer daran interessiert sein, bei ihren Auslandsvertretungen einen Vertrauensmann zu haben. Eine Vertretung bei den großen europäischen Stellen ist wünschenswert, kommt aber erst in zweiter Linie.

Es dürfte sich empfehlen, daß die Gewerkschaften aller Länder diese Angelegenheit von neuem aufnehmen und mit Anträgen an ihre Regierungen herantreten; es dürfte sich aber auch empfehlen, bereits jetzt gewisse Vorbereitungen zu treffen.

Könnten nicht die Gewerkschaften, die unbedingt ein Vorschlagsrecht verlangen müssen, bereits jetzt Umschau nach geeigneten Personen aus ihren Reihen halten und diese vorläufig, sich mit dem Studium einer bestimmten Sprache zu beschäftigen? Wenn es auch später nicht zu einer Ernennung kommen sollte, so wäre kein Unglück angerichtet, denn die Kenntnis einer fremden Sprache wird einem Menschen immer dienlich sein. Wenn die Gewerkschaften instand sind, jederzeit geeignete Personen vorzuschlagen, werden ihre berechtigten Ansprüche leichter durchzusetzen sein, als wenn sie beschämt zugestehen müssen, daß sie keinen Anwärter nennen können.

Die Laue in Duisburg.

Duisburg, 13. Juli. (W.B.) Die Lage in der Stadt hat sich nicht im geringsten gebessert. Die Bevölkerung hat unter den verhängten scharfen Strafmaßnahmen außerordentlich schwer zu leiden. Wie verlautet, soll gestern Abend ein deutscher Bürger, der am offenen Fenster eines dunklen Zimmers saß, durch einen Halschuh schwer verletzt worden sein. Die arbeitende Bevölkerung wird durch die Streiksperrte auf das härteste betroffen. Sie hat bei der unerträglichen Hitze keine Gelegenheit, sich nach der Arbeit im Freien zu erholen. Besonders Kranke und Säuglinge sind durch die Sperrte sehr gefährdet. Die festgenommenen Geiseln müssen Nachts auf den Regesitzungen mitfahren, werden morgens gegen 7 Uhr wieder zurückgebracht und dann wieder festgesetzt. Bisher durften sie keine Besuche, auch nicht von Geistlichen, empfangen und durften auch nicht am Gottesdienst teilnehmen. Zeitweise waren sie mit drei und vier Mann in enge Gefängniszellen eingesperrt und erhielten Gefängnisloft, doch ist die Behandlung seit Anfang dieser Woche besser geworden.

Reichsversicherung und Geldentwertung.

Nach einer neuen Verordnung des Reichsarbeitsministers wird als Folge der neuen Markentwertung die versicherungspflichtige Einkommensgrenze in der Angestelltenversicherung auf einen Jahresarbeitsverdienst im unbefreiten Gebiet von 27 000 000 M., im befreiten Gebiet, im Einbruchgebiet und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosensfürsorge gelten, von 24 000 000 M. festgelegt. Für die Krankenversicherung wird die Einkommensgrenze auf 21 Millionen (im befreiten Gebiet usw. auf 24 Millionen) Jahresverdienst erhöht. Die Verordnungen treten für die Angestelltenversicherung mit Wirkung vom 1. Juni, die für die Krankenversicherung ab 2. Juli 1923 in Kraft.

Der Angriff auf den deutschen Geschäftsträger. Die die Agence Reige meldet, hat die auf Grund des von dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel eingereichten Strafvertrags eingeleitete Untersuchung ergeben, daß die Person, die am Montag den Geschäftsträger belästigte, sehr wohl seine Eigenschaft als Mitglied des diplomatischen Korps kannte. Unter diesen Umständen hat die Regierung dem Geschäftsträger ihr Bedauern über den Angriff, dessen Opfer er geworden war, ausgedrückt.

Spiehergespräch.

Von Herbert.

In früheren Zeiten pflegte man sich eine lange und beschwerliche Reise damit zu verkürzen, daß man sich, genau wie die Bauernmädchen auf den Spinnstuben, Geschichten erzählte. So entstand eine ganz besondere Art von Reiseliteratur, die ungefähr mit des alten Engländer Chaucer Erzählungen auf der Wallfahrt nach Canterbury, den „Canterbury tales“ des vierzehnten Jahrhunderts, in gebundener Sprache anhebt, um in zwangloserer Gestalt, in der treuerzigen Prosa des sechzehnten Jahrhunderts, in Anekdotensammlungen wie dem „Beglürter“, vor allem aber in Jörg Wierams vorzüglichem „Rollwagenbüchlein“ ihre deutsche Fortsetzung zu finden.

Manchmal, wenn man mit Leuten aus dem Volk auf der Eisenbahn zusammen fährt, hat man das Vergnügen, Anekdoten, etwa aus der Militärzeit, aus dem Kriege, aus dem alltäglichen Arbeitskreis, erzählen zu hören, zuweilen auch einmal dabei Schwänke, die an jene liebenswerten „Beglürter“ des sechzehnten Jahrhunderts erinnern. Es steht ja noch so ungeahnt viel Fabuliertalent im deutschen Volk. Wie platt, wie inhaltslos dagegen sind die Unterhaltungen unserer Spieherkaste!

Auf einer vierstündigen Eisenbahnfahrt nach Hamburg war ich dazu verurteilt, mir die Unterhaltung eines Ehepaars und einer ihm bekannten Dame aus demselben Ort, Weimar, mit anzuhören. Der Gatte beteiligte sich nur wenig, weil er von seiner besseren Hälfte kaum zugelassen wurde. Seine Meinungen brachte diese als Hornum mit der Einleitung: „Mein Mann sagt“ oder „Mein Mann findet“ zum Ausdruck.

Das erste Thema war das weiblichste: Heiraten. „Wie die kleine Müller einen Ausländer hat nehmen können, verstehe ich nicht. Die Eltern sollten so was nicht leiden. So ein Mensch bleibt einem doch immer fremd. Man weiß nie so recht, mit wem man es zu tun hat.“ Allgemeine Zustimmung.

Neues Thema: Literatur. „Unser Herrmann sagt, was ein Frauenzimmer schreibt, das möchte er nicht lesen. So'n Bengel!“ — „Aber das kann man doch nicht so allgemein behaupten. Da gibt's doch welche, die lösen sich sehr schön. Was die alles erlbt und gefaßt haben muß.“ Da ist zum Beispiel der große Roman „Ein Lebensschicksal“ von der Courts-Rahler, das ist ihre eigene Lebensgeschichte. Zu hören — ich muß mir's doch wieder einmal besorhn.“ Bewunderndes Kopfnicken allerseits.

Lieblingsbeschäftigungen: „Mir ha'm ä Gramophon von 28 Hours, das is mei Mann sei Stedenpferd. (Das glücklich gewählte Bild erregt durchaus keine Heiterkeit.) ... Caruso-Ratten ... Ein Lied, das hab ich so gern: „An deinem Herzen macht' ich ruh'n“, auf der andern Seite: „Grüß mir das blonde Kind am Rhein“. Nun, dacht' ich, wäre die „Ruheschwand“ süßig, aber das Unheil wurde abgemeldet. Die Freundin sprach

von Kriegspatzen: „Ach Hindenburg, ach Hindenburg, wann ziehst du durch die Linden durch?“

Ein schmerzlich stöhnender Seufzer von seiten der Courts-Rahler-Bewunderin: „Ach ja, daß das nicht hat kommen dürfen!“ — Der Gatte: „Aberhaupt, daß mir kein Militär mehr kam. Das hatte uns erscht zu rechten Menschen gemacht.“ Die Gattin berichtigend: „Du hast gut reden. Wer selber nicht gedient hat!“ Die Freundin (durch diese Wendung ermutigt): „Da war längst nicht alles, wie es hätte sein sollen. Ein Sohn von unserm Bekannten hatte einen Ausbildungsoffizier, der jagte seine Korporalschaft in kalten Wintermänteln heraus und ließ sie in Unterhosen und Pantoffeln um die Paradeen Lauffschritt machen. Der hat sich dabei den Tod geholt.“

Nun wird's mulmich, denk ich. Aber weit gefehlt! Ein pietätvolles Kopfschütteln, und der Fall ist erledigt. Die Bayern, die haben's gefehlt! Da trauen sich die Franzosen nicht hin. Die würden sich wundern.“ Alle Blide leuchten. Der Herr ist aber höchstens Deutsche Volkspartei. Denn sonst wäre sicher noch auf die Juden geschimpft worden. So aber ergoß sich der Sprudel der Unterhaltung, indem man sich Hamburg näherte, in das tiefe Bett der Freizeiten. Das Lob der Kalluppe, der fetten Würste und des echten „Schwarzjauer“ erklang in rauschenden Akkorden. Das war ja nun freilich noch weit begeisternder als alle blonden Kinder am Rhein, nebst allen Wünschen, „am Herzen auszurufen“, ja selbst als „Hindenburg, durch die Linden durch“!

So also schlägt der Spieher von 1923 vier Stunden Reise tot mit dem Lob auf die Grammophonplatte, auf die Courts-Rahler, auf die Erziehung durch den Kommisfistel und auf das Schwarzjauer!

Mag der Dollar auf 200 000 klettern — noch gibt's es ja Courts-Rahler mit Grammophonplatten und Schwarzjauer!

Projekt einer Riesenmaschinenhalle für die Leipziger Messe. Die Leipziger Stadtverordneten haben jetzt über ein Projekt entschieden, das für die Zukunft der Leipziger Messe und darüber hinaus für die Entwicklung der Stadt von allergrößter Bedeutung ist. Es handelt sich darum, ob es möglich sein wird, die technische Messe, die in den letzten Jahren einen gewaltigen Ausbau erfahren hat, in Leipzig zu behalten. Ausschlaggebend wird sein, ob das vom Reichamt gemeinsam mit dem Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken ausgearbeitete Projekt einer neuen großen Maschinenhalle verwirklicht werden kann. Die Ausführung dieses Projektes war bisher aus Mangel an Mitteln nicht möglich. Sie wird jetzt jedoch immer dringender. Die Halle soll hauptsächlich auszuführen und rückt am Eingang der Straße des 18. Oktober errichtet werden. In allen drei Hauptachsen sind schwere Krananlagen zur Beförderung von 20 Tonnenlasten vorgesehen. Der kubische Ausstellungsraum würde circa 14 000 Quadratmeter betragen. Der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken ist bereit, die neue Halle ganz zu übernehmen,

weil er mit Hilfe der großen Transportanlagen künftig auch schwere Maschinen auf die Messe bringen kann, was heute unmöglich ist. Die Kosten der Halle betragen jetzt nach Schätzung des Hochbauamtes mindestens 40 Milliarden Mark.

Ein neues Künstlerhotel in Paris. Der Montmartre, der so lange das Heim der Pariser Maler war und in der Geschichte der Kunst eine große Rolle spielt, wird immer mehr von den lustigen Scharen der „Bohemiens“ entvölkert. Die Gründe dafür liegen in dem Wohnungsmangel. Die Hauswirte haben erkannt, daß es für sie vorteilhafter ist, die Atelierräume auszubauen und als Wohnungen zu vermieten. So sind denn die Heiden von Pinsel und Palette zahlreich vor die Tür gesetzt worden und haben sich hilflos an die Stadtverwaltung gewandt. Der Magistrat hat Montmartre an der Avenue Junot und der Rue Simon-Henrotte zur Verfügung zu stellen und Baustellen unter günstigen Bedingungen an die Leute zu verkaufen, die sich verpflichten, kleine Häuser mit Ateliers, ausschließlich für Künstler, zu bauen.

Feudale Sitten in der roten Armee. Im Prozeß wegen des Duells zwischen dem roten Kommandeur Tertow und seinem im Duell gefallenen Kameraden Djakonow hat der Oberste Gerichtshof nach dreitägiger Verhandlung Tertow zu 3 Jahren Freiheitsstrafe und gleich langem Verlust der bürgerlichen (?) Rechte verurteilt. In Anbetracht dessen, daß Tertow sich als Angehöriger der roten Kavallerie in zahlreichen Kämpfen ausgezeichnet und 11 Wunden davongetragen hat, erkannte das Gericht auf Strafmilderung, und zwar auf eine Freiheitsstrafe von 1 Jahr 6 Monaten ohne Verlust der Rechte mit Anrechnung der Unterjuchungshaft. Die Angeklagte Nina Kochiavelli, welche die Veranstaltung zu dem Zweikampf war, ist freigesprochen. In seiner Anklage machte der Staatsanwalt geltend, daß das Gericht in Tertow den Vertreter eines gewissen sozialen Typus vor sich habe und durch sein Urteil dartun müsse, daß der Sowjetstaat sich gegen das Eindringen einer reaktionären Sinnesart schützen müsse; die bürgerliche Komantik sei der kommunistischen Weltanschauung zuwider und eine „Schleierei wegen einer Frau“ sei vom kommunistischen Standpunkt aus eine banale Gemeinheit.

Der dem Teufel den kleinen Finger reicht, den hat er bald mit Haut und Haaren. Wer den Militarismus will, der muß auch die Feudalität mit in den Kauf nehmen, die mit ihm, wie es scheint, untrennbar verbunden ist — selbst in der roten und rötlichen Armee.

In der Galerie Ferdinand Möller, Goldammer Str. 134a, ist die Sommerausstellung eröffnet worden mit Werken von Crodel, Gabel, Degner, Kaus, Kolbe, Heibner, Otto Mueller, Quib, Beckstein, Robitz, Schmidt-Rottluff u. a.

Ausführung eines wichtigen Bibeltextes. Bei Schichtarbeiten, die auf dem Archipel von El Arde in Neapolen ausgeführt wurden, wurde in einem Grab aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. ein Papyrus gefunden, der eine alte lateinische Uebersetzung des Evangeliums Johannes enthielt. Man nimmt an, daß dieser Text aus dem 1. oder 2. Jahrhundert stammt; und hofft, hier neue wertvolle Aufschlüsse über den Text des Evangeliums zu erhalten. Zurzeit ist der Fund in London aufgestellt.

Ein großer Erfolg der Bauarbeiter.

Die Generalversammlung des Baugewerksbundes, die heute vormittag stattfand, stimmte mit allen gegen zwei Stimmen der Vereinbarung zu, die gestern im Reichsarbeitsministerium getroffen wurde. Danach betragen die Löhne für Facharbeiter für die Zeit vom 28. 6. bis 4. 7. 8.800 M., vom 5. bis 14. 7. 12.500 M., vom 15. bis 18. 7. 17.200 M. und vom 19. 7. bis 25. 7. 19.000 M. Am 20. Juli werden die Unternehmer in ihrer Generalversammlung, die bei den Verhandlungen am 11. Juli in Leipzig formulierten Forderungen des Deutschen Baugewerksbundes auf Einführung werbeständiger Löhne, ihren Mitgliedern unterbreiten. Es besteht begründete Aussicht, daß die Bauunternehmer diesen Forderungen zustimmen. Morgen findet in allen Bezirken eine Urabstimmung über die Vereinbarung statt, die zweifellos einen vollen Sieg des Baugewerksbundes bedeutet.

Eine Landtagsrede Zeigners.

Dresden, 13. 7. (WZB.) In der gestrigen Abend Sitzung des Landtages sagte der Abg. Boetticher (Komm.) die Regierung an, daß sie alles, was vereinbart worden sei, noch nicht durchgeführt habe und hob u. a. hervor, in der Arbeiterschaft sei der Eindruck vorhanden, daß die Reise des Ministerpräsidenten nach Berlin ein Cassiflag gewesen sei.

Demgegenüber führte Ministerpräsident Zeigner u. a. aus, die Regierung werde alles tun, was geeignet erweise, in Sachsen die Republik zu sichern. Wir wissen, sagte der Minister, daß die kommenden Monate nicht nur die stärkste außenpolitische Befestigung des Reiches bringen werden, sondern daß auch die Möglichkeit vorliegt, daß damit parallel in der inneren Politik der Ausweg der Differenzen zwischen der Republik und ihren Gegnern gehen wird. Unter dem Namen einer nationalen Erhebung wollen diese einen politischen Rückschlag erzwingen. Diesen Bestrebungen werden wir mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, auf Polizeimacht und nötigenfalls auf die breiten Schichten der Bevölkerung gestützt. Zwischen der sächsischen Regierung und der Reichsregierung bestehen Meinungsverschiedenheiten von großer Tragweite. Darüber ist in Berlin gesprochen worden, aber deswegen war es kein Cassiflag. Wie meinen, daß jeder andere Weg als der der Versöhnung und Verständigung in außenpolitischen Fragen uns in das Elend führt. Rücksicht für die sächsische Regierung wird sein, unbedingte Einhaltung der Reichs- und Landesverfassung, wie sie (nach rechts) sie auslegen.

Das Haus nahm darauf den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. In einer sich anschließenden Nachsitzung erledigte der Landtag u. a. die Gemeindeförderung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, worauf das Haus in Ferien eintrat.

Neue Papierpreise.

In den nächsten Tagen wird durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums mit Wirkung vom 15. Juli 1923 ein Höchstpreis für Zeitungsdrukpapier festgesetzt werden, welcher für 100 Kilogramm Rollenpapier 760 000 M. und für 100 Kilogramm Formatpapier 760 250 M. frei Station des Empfängers beträgt. Es ist vorgesehen, diesen Preis im Monat Juli nur bei weiter eintretenden Kohlenpreisen, Fracht- oder Lohnerhöhungen hinaufzusetzen. Nach Möglichkeit sollen die Kohlenpreise und die Lohnerhöhungen gemeinsam abgegolten werden. Der Preis beruht auf der Berechnungsbasis von Anfang Juli dieses Jahres zuzüglich der inzwischen eingetretenen Kohlenpreisen- und Lohnerhöhungen. Nach Erlass der Verordnung eintretende Verteuerungen der Gießungskosten, soweit sie durch sonstige vorher nicht genannte Umstände veranlaßt werden, sollen bei der Preisfestsetzung für den nächsten Monat Berücksichtigung finden.

Neuer Konflikt in Lausanne.

Lausanne, 13. Juli. (WZB.) Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe und in der Konzessionsfrage führten in der heutigen offiziellen Sitzung zu einer neuen Verschärfung der Lage. Die Alliierten brachen plötzlich die Sitzung ab, ohne eine neue Zusammenkunft einzuberufen, und erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzessionsfrage im Widerspruch stehe zu den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen und daß, falls die Türken ihr Verhalten nicht ändern, auch alle anderen Abmachungen über die Kuponfrage und die Räumung Konstantinopels, das heißt die gesamte grundsätzliche Einigung vom Sonntag, hinfällig wäre. Die Alliierten werden von neuem an ihre Regierungen berichten. Diese neue Wendung rief begründeterweise beträchtliche Aufregung hervor. Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der heutigen Sitzung als ernst bezeichnet, man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Krise in Einzelfragen, jedoch nicht um eine wirklich gefährliche Krise der Konferenz überhaupt handle, und zwar sei die Krise viel weniger durch die Gegenstände in der Frage der Räumung der Dardanellen hervorgerufen, als durch die alliierten Ansprüche in den Konzessionsfragen. Man erlebe hier den letzten Zusammenstoß der strengen Forderungen für die Turkish Petroleum Co. und der französischen Ansprüche für die Allgemeine Eisenbahnregie mit dem Chesterabkommen. Man wolle die Türkei wirtschaftlich lähmen, indem man für diese Gesellschaften unerschöpfliche Probleme finde. Auf jeden Fall sei es unzutreffend, daß die Türkei in der heutigen Sitzung irgendwelche früher getroffenen Vereinbarungen in der Konzessionsfrage wieder rückgängig gemacht habe. Alle diese Fragen seien jedoch ungelöst und Gegenstand von Verhandlungen gewesen.

Aus Horty-Ungarn.

Zeitungsverbot und Zensur.

Budapest, 13. Juli. (WZB.) Der Minister des Innern hat das Erscheinen des sozialdemokratischen Tagesblattes „Nepszo" auf 8 Tage wegen verschiedener „die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung, die christliche Religion und die Vaterlandsliebe verletzender Artikel" verboten. Das Verbot wurde im Parlament gegen Schluß der Vermittlungssitzung der Nationalversammlung bekannt. Es entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen den Abgeordneten der Linken und der Regierungspartei, so daß die Sitzung unter großer Erregung schloß. Der Nachmittagsausgabe blieben die sozialdemokratischen Abgeordneten ausnahmslos fern.

Anfolge des Verbotes der „Nepszo" sind die Zeitungshefte in den Streik getreten, so daß die Budapestblätter morgen nicht erscheinen können. Damit das Publikum nicht ohne Nachrichten bleibe, hat die Regierung verfügt, daß ein offizielles Morgen- und Abendblatt erscheine. Die Arbeiterarbeiten an diesem Blatte werden von Mitgliedern der Organisation zum Schutze der nationalen Arbeit versehen.

Der Parteiausschluß der Sozialdemokratischen Partei hielt gestern abend eine Sitzung ab, in welcher die sozialdemokratischen Abgeordneten angewiesen wurden, sich auch an der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nicht zu beteiligen. Von dem Inhalt oder dem allfälligen Unterbleiben der Regierungserklärung in dieser Angelegenheit wird die weitere Stellungnahme der Partei abhängen.

Brunners Abschiedslied.

Eine Privatfuge des Prof. Sari Brunner beschäftigte heute die Berufungskammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Regen. Unter Anklage stand ein Gedicht, das in der „S. J. am Mittag" im Oktober vorigen Jahres abgedruckt war: „Abschied von der Mittelwelt", das Prof. Brunner nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst sich auf keinen Klubsitz nach Oberbayern zurückgezogen habe.

Das Gedicht hatte die Ueberschrift: „Brunners Abschiedslied", und der Verfasser ließ die Versen ausruhen: „Haben wir ein Schwein!" Darin erblickte Prof. Brunner eine Herabwürdigung seiner Persönlichkeit und hatte Klage gegen den Verfasser, den Schriftsteller C. K. Köllinghoff und den früheren verantwortlichen Redakteur Eugen Tannenbaum erhoben. Das Schöffengericht hatte, wie wir feinerzeit berichteten, die Angeklagten freigesprochen, weil es das Bewußtsein der Beleidigung nicht für vorliegend erachtete. Gegen das freisprechende Urteil hatte Prof. Brunner Berufung eingelegt. Zu der heutigen Verhandlung war er nicht selbst erschienen, sondern durch Rechtsanwalt Dr. Jacoby vertreten, der nicht anerkennen wollte, daß es sich bei dem Gedicht um einen Witz handle, sondern darin einen gemeinwärtigen Hieb auf die Persönlichkeit des Privatklägers erblickte. Wenn man mit dem Wort Schwein hätte Glück ausbrüden wollen, dann wäre es leicht gewesen, einen anderen Ausdruck zu finden. Aber gerade das Wort Schwein einem Manne gegenüber, bei dem es sich im wesentlichen um den Kampf zwischen Sittlichkeit und Unsittlichkeit handelt, lasse die Absicht der Beleidigung erkennen. Der Privatkläger habe gegen sachliche Kritik nichts einzuwenden, müsse sich aber verbitten, daß die Presse in sein Privatleben eingreife, und könne nicht ruhig hinnehmen, daß seine Person herabgewürdigt werde. Er beantrage Bestrafung. N. A. Dr. Heyne begehrete Prof. Brunner als eine Persönlichkeit, die nicht sachlich vorgegangen sei, sondern deren Tätigkeit getragen werde von Fanatismus und Haß, dem es darauf angekommen sei, den Haß mit jedem Mittel zu schüren. Sein kleinliches Vorgehen habe sich besonders im „Reigen"-Prozess gezeigt. Prof. Brunner zeige nicht eine Spur von Humor. Jeder Politiker, der Witz im Munde habe, werde über einen Witz lachen. Es sei an sich schon ein Witz, daß dieser Mann mit seinem engherzigen Standpunkt ausgerechnet nach Oberbayern gehe. Wäre er nach Herrenchiemsee oder ins Buppertal gegangen, wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen, dort gehöre er hin, aber nicht nach Oberbayern mit seinen urbargerischen Gebräuchen und Schnaderhüpflern. Man brauche nur das finstere Fanatikergehoß Brunners mit dem lachenden Gesicht eines oberbayerischen Bauern zu vergleichen, um sich zu sagen, dieser Mann gehöre nicht dort hin. N. A. Dr. Fabian erwarbete, daß die Angeklagten dasselbe Schwein haben wie in der ersten Instanz: freigesprochen zu werden. Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Berufung des Privatklägers auf dessen Kosten. Das Gericht ist der Meinung, daß der Ausdruck Schwein eine bekannte Redensart ist, die als Glück verstanden wird.

Medaillen und Fahnenmängel.

Die bestohlene Bäderrinnung.

Bei 6 bewaffneten Räubern wurden in der vergangenen Nacht die beiden Bächter des Bäderrinnungsgebäudes in der Andreasstr. 64 überfallen. Die Verbrecher bedrohten die Bächter mit Pistolen und Revolvern und sagten ihnen den Tod an, wenn sie einen Cent von sich gäben. Sie banden dann den einen an und stellten ihn unter Bewachung und zwangen den anderen mit vorgehaltener Pistole, die Schlüssel herauszugeben und sich ebenfalls ruhig zu verhalten. Die Räuber öffneten nun Türen und Schränke und stahlen die darin aufbewahrten goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen und Fahnenmängel, während sie alle anderen Wertgegenstände liegen ließen. Alle Täter entkamen unerkannt. Der Umstand, daß die Räuber nur die Medaillen und Fahnenmängel mitnahmen, läßt darauf schließen, daß es sich um einen Raubakt der Bande handelt, die vor einiger Zeit schon die Innung heimlich und hier den Silberhahn stahl. Ein Teil dieser Bande wurde damals erbeutet, während dieser selbst sich noch verborgen hält. Die Silberbeute hatten die Verbrecher in einer Schantzwirtschaft in der Rauchstraße untergestellt. Von dort wanderte sie in eine Schmiede. Die Schmiedekaufstellen und die Schmieden sind von dem neuen Einbruch benachrichtigt worden und werden vor dem Ankauf der gestohlenen Sachen gewarnt. Für die Ermittlung der Verbrecher und die Wiederbeschaffung der Beute ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Büniger, Zimmer 89 des Polizeipräsidiums, entgegen.

Der Magistrat hat schuld!

Ein Leser unseres Blattes teilt uns folgendes mit: „Ich wollte mir gestern abend bei einem Bäder in der Neuen Königstr. an der Linienstr. ein paar Schrippen kaufen. Der Laden stand voller Leute, die über die hohen Preise der Lebensmittel diskutierten. Die Frau Bäckermeisterin schien darüber ängstlich zu werden und erklärte: „Wir Bäckermeister haben an den hohen Preisen keine Schuld. Wir würden wahrlich die Ware wesentlich billiger verkaufen, aber der Magistrat legt ja die Preise fest und daran sind wir gebunden." Es bedurfte langer Zeit, die durch diese Aeußerung der Frau Bäckermeisterin über den sozialistischen Magistrat bei dem anwesenden Publikum herbeigeführte Empörung zu beschwichtigen und eines Besseren zu belehren. Die Frau Bäckermeisterin schob schließlich neben dem Magistrat den Bäckergehilfen die größte Schuld in die Schuhe, die allzuhohe Ansprüche stellen. Ich konnte leider nicht feststellen, ob der betreffende Bäckermeister überhaupt einen Gesellen beschäftigt, bin aber überzeugt, daß, wenn ich heute denselben Laden betrete, die Frau Bäckermeisterin ihre Kunden über die hohen Preise beschwichtigen wird mit denselben Worten wie gestern: Der Magistrat hat schuld!"

Vom Berliner Kartoffelmarkt.

Der Berliner Kartoffelmarkt, der in der letzten Zeit infolge des Fehlens nennenswerter Vorräte an alten und neuen Kartoffeln ein trauriges Kapitel in der Lebensmittelversorgung Berlins bildete, dürfte zu den nächsten Tagen ein besseres Aussehen erhalten. Zwar gehen die geringen Vorräte an alten Kartoffeln nunmehr endgültig zu Ende, was bei ihrer schlechten Qualität niemand bedauern wird, dafür haben aber bereits die Zufuhren von neuen Kartoffeln nach Berlin eingeleitet, zunächst aus der Umgebung Berlins und aus der Ober- und Niederlausitz. Größere Mengen werden für die nächsten Tage auch aus der Magdeburger Gegend erwartet, jedoch damit gerechnet werden kann, daß das erhöhte Angebot auch auf die Preise drücken wird, die zurzeit reichlich hoch sind. Augenblicklich kommt der Zentner neue Kartoffeln im Großhandel auf zirka 250—270 000 und im Kleinhandel auf etwa 303—305 000 M. zu stehen.

Erschwerte Lebensrettung.

Die heutige Diebeszunahme von der ehemaligen „Standesehre" schon längst nichts mehr. Allenfalls halten es noch allgediente Professionsdiebe für unter ihrer Würde, sich am Gemeinlichen zu beteiligen. Manche haben in solchen Dingen tatsächlich so etwas wie Charakter. Dagegen kommt es der großen Menge des Diebesgelandes einzig und allein auf Beute an. Da schwindet jedes andere Bedenken. Diese entsetzliche Gemütsverrohung hat auch vor den Rettungsringen, Rettungsbällen und Rettungsfähnen an den Berliner Brücken nicht halt gemacht. Aus den Röhren sind die Ruder und Bodenreiter gestohlen worden. Das Rettungswesen hat sich daher entschließen müssen, die Ringe und Bälle bei Geschäftseuten, gewöhnlich Schantwirten, unterzubringen in nächster Nähe der Brücken. Hier weist ein kleines

Schild an der Brücke hin. Ehe die Rettungsvoerrichtung geholt ist, vergehen kostbare Minuten. Was aber geschieht nach Mitternacht, wenn die Schantlokale geschlossen sind? Das Herausstopfen des Schantwirten hat kaum Zweck. Die Hilfe wird dann fast immer zu spät kommen. Besser ist es, wenn sich die modernen Herren Spitzhüben doch noch auf den letzten Rest von Menschlichkeitsgefühl.

Auch ein Opfer der Hitze.

Im Freibad Grünau wurde ein lange gesuchter Heiratschwindler und Einbrecher, ein 33 Jahre alter Artst Paul Buchmann verhaftet. Er hat auf beiden Gebieten viele Gastrollen in verschiedenen deutschen Städten gegeben. Buchmann, der miftrauene Sohn einer achtbaren Familie ist wegen Einbruchs- und Heiratschwindels schon wiederholt, auch schon mit Zuchthaus bestraft. Zuletzt spielte er den „Rittergutsbesitzer Herwarth v. Büttner zu Thal" und fand bei vielen Heiratslustigen Witwen und Mädchen mit allen seinen Pralereien vollen Glauben. Die Beziehungen dauerten aber jedesmal nur solange, bis der „Rittergutsbesitzer" auch zur Wohnung der Braut Zutritt fand. Dann stahl er gleich alles, was er erreichen konnte. Schmutzfachen und alle Wertgegenstände, die nur geeignet waren, zu Geld gemacht zu werden. Alle Nachforschungen nach dem gewandten Schwindler, gegen den schon wieder mehrere Verfahren schwebten, waren bisher erfolglos geblieben. Jetzt in diesen warmen Tagen fühlte der „Rittergutsbesitzer" das Bedürfnis, sich im Freibad Grünau etwas abzukühlen. Als er sich dann am Strande sonnte, erkannte ihn, obwohl er in Adomokostüm bedog, eine bestohlene Braut wieder und ließ ihn festnehmen. Er ist somit, indirekt wenigstens, ein Opfer der Hitze geworden.

Die Möbelfabrik in der Drachenburg.

Ein interessantes Wahrzeichen, die sogenannte Drachenburg beim Schloßlichen Busch an der Friedrichsbrücke, dem Einfallstor nach Treptow, verschwindet demnächst. Es ist ein eigenartiger Restaurationsbau, dessen auffallend hohe Front und Seitengiebel mit phantastischem Holzschmuckwerk alten nordischen Bauten nachgebildet sind. In dem kleinen Vorgarten war jahrzehntlang eines jener alten Sommertheater eingerichtet, die ihr Stammpublikum hatten und bis in die neueste Zeit hinein auf anspruchsvolle Leute starke Anziehungskraft ausübten. In den letzten Jahren kam hier auch der Berufsringkampf und Boxsport zur Geltung. Die zeitgemäß hohen Artistenhonorare machen alle solche Lokale, wenn sie sich mit ihren bescheidenen Räumlichkeiten nicht zugrifflich umstellen können, lebensunfähig. Die Drachenburg wird für eine Möbelfabrik umgebaut.

Die Löhne der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der er ersucht, sich mit der in Anlehnung an die Löhne der Reichsarbeiter erfolgten Festsetzung der Löhne und Beihilfen der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen für 1. bis 14. Juni und ab 15. Juni 1923 einverstanden zu erklären und der Erhöhung der Zulagen für Schwerarbeit bzw. Arbeit in technischen Betrieben auf 1 M. pro Stunde sowie der Erhöhung der Entlohnungsgrenze für beihilfsberechtigter Kinder auf 60 000 M. monatlich zuzustimmen.

Diese tabelhafte „Schwerarbeiterzulage" von 1 Mark wird die helle Freude der Empfänger andeuten. Die Zulage hat übrigens bis jetzt nur den zehnten Teil, ganze 10 Pf. betragen. Man sieht sich geradezu aus der Zeit der Geldentwertung herausgehoben, wenn man solche Summen hört. Der Betrag von 1 Mark wird nicht etwa mit einer Indexziffer multipliziert, sondern zum „Nennwert" aufgepufft. Bei 48stündiger Arbeitszeit erhält der städtische Empfänger also 48 Mark. Dann entsteht für ihn das große Rätsel, was er sich dafür kaufen kann.

Ein Fliegerheim für die Rhönflieger.

Der Ring der Flieger, in dem sich die alten Flieger zusammengeschlossen haben, verfaßt einen Aufruf, in dem er sich an die Freunde der deutschen Luftfahrt mit der Bitte um Beihilfe zur Schaffung einer Unterkunft für die Segelflieger auf der Rhön wendet. Wir entnehmen dem Aufruf folgendes: Die im Rhön-Gegeir auf der Wasserkuppe im letzten Jahr von unseren Fliegern erzielten Erfolge haben alle Deutschen mit stolzer Freude erfüllt. Die Weiterführung dieses deutschen Kulturwertes zu fördern, immer größere Kreise unserer Jugend am Segelfliegen teilnehmen zu lassen, ist eine Aufgabe, an der jeder einzelne Deutsche mitzuwirken berufen ist. Bisher fehlte dem Flugbetrieb auf der Rhön das fast völlige Fehlen von Unterkunftsbedingungen auf der Wasserkuppe enge Grenzen. Deshalb ist der Bau einer Unterkunfts hütte auf der Wasserkuppe in Angriff genommen. Nachdem er die ersten Anfänge selbst geschaffen, wendet sich der Ring der Flieger deshalb jetzt an alle Freunde der deutschen Luftfahrt in den weiten Kreisen unlerer Wirtschaft- und Geisteslebens mit der Bitte, am begonnenen Werke mitzuwirken und wie bisher die Flieger selbst es tun, durch Einzel- oder Sammelstiftungen die Errichtung weiterer Kabinen zu ermöglichen. Einzahlungen sind zu leisten auf Postkontos Dresden 17 000 O. Fuchs oder an Banthaus Philipp Ein Reyer, Dresden-L., Viktorstr. 1. Conto Ring der Flieger CB.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der Hungertod geht um! In der letzten Juniwoche haben sich in Berlin 41 Selbstmordfälle ereignet, bei 29 davon waren Nahrungsorgen die Ursache. 29 Menschen in einer Woche durch Hunger in den Tod getrieben, während zu gleicher Zeit in den Luxushotels der Bäder und Kurorte die letzten Vorbereitungen getroffen wurden, um den Strom der Ferienbesucher „würdig" zu empfangen, der trotz Ruhrpest, Geldentwertung, Preissteigerung in diesem Jahre größer erscheint denn je.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein mehr trüblicher, aber überwiegend heiter, zeitweilig härter bewölkt, bei größtenteils schwachen, veränderlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Devisenkurse.

	13. Juli		12. Juli	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Geld) Kurs
1 holländischer Gulden	72817.50	73182.50	72817.50	72182.50
1 argentinische Papier-Peso	64438.50	64701.50	64438.50	64701.50
1 belgischer Franc	8926.50	8973.50	8926.50	8973.50
1 norwegische Krone	30324.50	30476.50	30324.50	30476.50
1 dänische Krone	32877.50	32182.50	32877.50	32682.50
1 schwedische Krone	49476.50	49724.50	49476.50	49724.50
1 finnische Mark	5162.50	5188.50	5162.50	5188.50
1 japanischer Yen	90772.50	91227.50	90772.50	91227.50
1 italienische Lire	8039.50	8090.50	8039.50	8090.50
1 Pfund Sterling	85785.50	86215.50	85785.50	86215.50
1 Dollar	186532.50	187468.50	186532.50	187468.50
1 französischer Franc	11132.50	11188.50	11132.50	11188.50
1 brasilianischer Milreis	19451.50	19549.50	19451.50	19549.50
1 Schweizer Franc	32518.50	32181.50	32518.50	32181.50
1 spanische Pesta	26932.50	27067.50	26932.50	27067.50
100 österr. Kronen (abgeft.)	—	260.33	—	267.07
1 rübische Krone	—	5653.50	—	5694.50
1 ungarische Krone	2144.50	2186.50	2144.50	2186.50
1 bulgarische Pesta	16751.50	1684.50	16751.50	1684.50
1 jugoslawischer Dinar	—	1955.50	—	1965.50

Gewerkschaftsbewegung

Die Hege geht weiter.

Die „Rote Fahne“ arbeitet mit Hochdruck. Sie versucht mit allen Mitteln der Fälschung den Berliner Metallarbeitern einzureden, daß sie eine „vernichtende Niederlage“ erlitten, „die Metallindustriellen einen Sieg“ davongetragen haben.

Der Sieg der Metallindustriellen und die vernichtende Niederlage der Metallarbeiter bestehen darin, daß die Löhne über die beiden Schiedsprüche hinaus erhöht wurden und daß für die Zukunft die Löhne der Teuerung angepaßt werden müssen und zwar auf Grund einer aus 42 Bedarfsartikeln bestehenden, vom Deutschen Metallarbeiterverband vorgeschlagenen Liste. Die Preissteigerung, auf Grund deren die Lohnsteigerung vorzunehmen ist, wird von einer paritätischen Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt, der außer den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller nur Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes angehören. Alle anderen Behauptungen der „Roten Fahne“ sind bewusste Lügen.

Die „vernichtende Niederlage“ besteht darin, daß der durch Schiedspruch festgesetzte Stundenlohn in Klasse 1 von 6500 M., in einem zweiten Schiedspruch auf 9000 M., infolge des Streiks auf 9800 M. — ohne die gleichfalls erhöhten Sozialzulagen — erhöht wurde und daß weiter der Lohn für diese Woche auf 12 500 M. hinaufgesetzt wurde, also nahezu das Doppelte des Stundenlohnes, den die Unternehmer für die vorhergehende Woche zunächst als zu hoch abgelehnt hatten.

Die „vernichtende Niederlage“ der Metallarbeiter und der „Sieg“ der Metallindustriellen besteht darin, daß die führende Unternehmerrgruppe zur grundsätzlichen Anerkennung der wertbeständigen Löhne gezwungen wurden. Die „vernichtende Niederlage“ besteht darin, daß auf die am Freitag zu zahlenden Löhne am Montag oder Dienstag eine Vorauszahlung erfolgen muß. Die „vernichtende Niederlage“ besteht darin, daß alle Streikenden, auch der Betriebe, die ohne Anordnung der Streikleitung die Arbeit niederlegten, restlos wieder eingestellt werden muß. Die „vernichtende Niederlage“ besteht darin, daß die Metallarbeiter Berlins, nachdem sie einen großen, grundsätzlichen Sieg errungen haben, dessen weittragende Folgen sich bald zeigen werden, in geschlossener Kampffront in die Betriebe zurückkehren.

Diese geschlossene Kampffront wieder zu vernichten, ist jetzt das heisse Bemühen der Kommunisten. Sie, die die größten Strategen für Niederlagen der Arbeiterschaft sind, die bisher nur verlorene Schlachten zu verzeichnen haben, die den mackelosen Ruf der Arbeiterbewegung in Verruf gebracht haben, sie können es gar nicht lassen, daß ein Riesenkampf, der mehr als 100 000 Streikende umfaßt, anders als mit einer blutigen Niederlage für die Arbeiterschaft ausgeht. Und deshalb schwindeln sie den Sieg in eine Niederlage, die Niederlage in einen Sieg um.

Sie bieten sich den Metallarbeitern als Führer der kommenden Kämpfe an. Daß ein Kampf, wenn die Kommunisten die Führung haben, anders ausgehen wird als der Berliner Metallarbeiterstreik, ist zweifellos. Dafür bürgen die blutigen Niederlagen, die die Arbeiter bisher überall erlitten haben, wo es den Kommunisten gelang, die Leitung an sich zu reißen.

Gewerkschaftshilfe im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet schreibt man dem „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblatt“:

Im Gegensatz zu einer Aktion der russischen Gewerkschaften mit russischem Brotgetreide, die von der kommunistischen Presse mit vielem Lärm in Szene gesetzt wurde, trat in aller Stille der Ruhrlandische Verband von Walverzeigern, der der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist, mit dem A.D.B. in Verbindung, um die Verteilung von Margarine an die durch den Einbruch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet arbeitslos Gewordenen zu organisieren. Zur Verfügung standen 2000 Zentner Margarine in Holzfuhnpackungen. Diese Hilfe beschränkte sich auf das Ruhrgebiet, und es kamen nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit ihren Familien dafür in Betracht. Im Hinblick auf den täglich höher steigenden Preis der Margarine wurde diese unentgeltliche Verteilung mit großer Freude begrüßt. Diese Hilfsaktion ist nunmehr abgeschlossen; den holländischen Gewerkschaften gebührt herzlichster Dank.

Fast zu gleicher Zeit, zum Teil schon vorher, wurde in dem von der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besonders betroffenen Gebiet von Düsseldorf, Köln und dem linken Niederrhein an die verheirateten Erwerbslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familien eine Kartoffelverteilung durchgeführt. Es wurden bis zu drei Zentner an die Familien kostenlos abgegeben. Diese Hilfe erstreckt sich auf alle Erwerbslosen und Kurzarbeiter, ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit. Die Verteilung lag hauptsächlich in den Händen der Gewerkschaften und wurde von keiner Seite gestört. Für rund 80000 Zentner standen die Mittel zur Verfügung aus den gemeinsamen Sammlungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden.

Die immer stärker hervortretenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit im alt- und neubehetzten Gebiet erfordern eine starke Anspannung aller vorhandenen Kräfte zur Linderung der Not. In allen örtlichen und bezirklichen Ausschüssen, die sich mit Fürsorgemaßnahmen beschäftigen, sitzen Gewerkschaftsvertreter, um mitzuwirken, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in die richtigen Kanäle geleitet werden.

Neben dieser reinen Hilfsstätigkeit verpassen die Gewerkschaften natürlich nicht, bei den maßgebenden Stellen dahin zu wirken, daß die Erwerbslosenunterstützung auf eine Höhe gebracht wird, die der Lebensunterhalt erfordert. Die schon monatlang Erwerbslosensindenden befinden sich in drückenden Verhältnissen, und eine ausreichende Unterstützung ist das erste Erfordernis für das Gelingen der Abwehr.

Besondere Schwierigkeiten macht die Beschaffung der Unterstützungsgelder. Immer wieder werden größere Beträge von der Befugung beschlagnahmt. Diesem planmäßigen Feldzug ist nur zum Teil durch besondere Vorkehrungsregeln zu begegnen und bei neben der Beschlagnahme der Gelder sicher noch das zweite Ziel, die Erwerbslosen unzufrieden zu machen und sie zu unbefonnenen Schritten zu verleiten, die im Interesse der Befugungsmächte liegen. Das innige Zusammenarbeiten der Befugung mit gewissen Elementen, die die Führung der Erwerbslosen an sich reißen, zeigte sich besonders bei dem Putz in Wülheim a. d. R.

Wo Unzufriedenheit herrscht, erhebt die kommunistische Partei oder ihre Gewerkschaftszentrale auf dem Plan. Nach den Parolen dieser Instanzen werden „Erwerbslosenträte“ gebildet, die zu wilden Konferenzen zusammengeholt werden, um Beschlüsse zu fassen, die den Gewerkschaften Schwierigkeiten bereiten sollen. Machen sich die Gewerkschaften diese Beschlüsse nicht zu eigen, dann wird natürlich in der kommunistischen Presse geschimpft, ohne Rücksicht darauf, ob die Gewerkschaften sich für die Erfüllung der Forderungen einsetzen können.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, die unorganisierten Erwerbslosen in den Erwerbslosenträten organisatorisch zu erfassen zur Herstellung der bekannnten „Einheitsfront“, weil diese die Interessen ihrer Mitglieder verletzen müssen und die Unorganisierten genügend Gelegenheit haben, den Gewerkschaften als Mitglieder beizutreten. Neben vielen anderen Forderungen, die von den Gewerkschaften schon erfüllt sind, sollen die Gewerkschaften sich auch für die Kontrollierung der Arbeitsnachweise durch die Erwerbslosenausschüsse einsetzen. Es wird nicht daran gedacht, daß die Gewerkschaften bei Beratung des Arbeitsnachweises durch geeignete Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise eingetreten sind. Diese Forderung würde also eine Kontrolle der Gewerkschaften in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise durch Erwerbslosenträte bedeuten, die unter Umständen unorganisiert sein können. Das Innerste ist aber die Tatsache, daß eine Funktionärerversammlung einer großen Organisation in einer großen Stadt verlangt, daß der A.D.B. die wilden Erwerbslosenausschüsse anerkennt und sich natürlich auch deren Forderungen zu eigen macht. Soweit kann natürlich die Hilfe der Gewerkschaften nicht gehen, und deshalb wurden aus den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern Ausschüsse gebildet, mit denen alle Hilfsmaßnahmen beraten und durchgeführt werden.

A.D.B. Funktionärerversammlung.

In der am Mittwochabend im „Deutschen Hof“ abgehaltenen Funktionärerversammlung des A.D.B. berichtete Günther vom Bund der technischen Angestellten und Beamten über die Ursachen und den Stand des Kampfes in der Metallindustrie. Ursprünglich habe es sich um eine Lohndifferenz gehandelt, die man durch wiederholte Verhandlungen beizulegen verlust habe. Es sei die Laft der Unternehmer, mit den Gehältern für die Angestellten nicht über die Lohnhöhe der Arbeiter hinauszugehen. Die Angestellten nehmen, da sie in der Streikleitung vertreten sind, an allen Sitzungen teil, so daß sie über alles stets auf dem laufenden sind. Das wichtigste Moment in diesem bedeutungsvollen Kampfe sei die Erringung wertbeständiger Löhne, weil die große Masse der Arbeitnehmer nicht mehr länger auf Gnade oder Ungnade der Spekulation mit der Ware Arbeitskraft ausgeliefert werden könne. Deutschland sei unabwendbar in den Strudel des Währungsverfalls geraten. Die Papiermark sei in der Welt fast völlig ausgeschaltet, so daß nicht einmal mehr die Ausfuhr auf dieser Basis möglich sei. Einzig und allein die Reichsbank verleihe noch zu dem lächerlich geringen Diskontsatz von 18 Proz. Denen, die infolge der Geldentwertung sehr leicht von der Industrie abgetragen werden können. Die deutschen Unternehmer konkurrieren mit ihrem Waren auf dem Weltmarkt nur durch den niedrigeren Preis, während der gute Ruf der deutschen Ware leider auch durch eine unbegriffliche Vernachlässigung der Betriebseinrichtungen mehr und mehr zurückgehen. Eine Krise, die nach menschlichem Ermessen und wissenschaftlichen Wahrscheinlichkeitsberechnungen unaufhaltsam erscheint, sollte man nicht zu unterbinden, sondern eher zu fördern versuchen. Wenn man einen Friedensrealismus erreichen wolle, dann müsse man verhindern, daß der Dollarkurs noch weiter in die Höhe schnelle. Als das nächstliegende betrachtet es der Referent, den Lohn künftig in einer der Teuerung angemessenen Höhe, d. h. durch Einführung eines Entwertungsfalles, festzusetzen. Mit der Reichsindizes, die nicht mehr wie bisher monatlich, sondern wöchentlich zur Veröffentlichung gelangt, müsse auch der Lohn automatisch steigen. Die Tatsachen würden die Behauptung der Unternehmer, durch Bezahlung nach dem Index

sei eine Wirtschaftskatastrophe zu befürchten, sehr bald Lügen strafend. Auch die anschließende Diskussion ließ in ihrem ganzen Verlauf die Solidarität mit dem im Streit befindlichen Metallarbeiter erkennen. Es wurde auch betont, daß für die Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter eine strenge Durchführung unserer Finanzgesetzgebung erfolgen müsse. Von kommunistischer Seite wurde an der Arbeit der Gewerkschaften die übliche, oft recht unberechtigte Kritik geübt. Günther trat in seinem Schlusswort den Kritikern, die wohl weitgehende Reben gehalten, aber keine neuen Wege gemessen hätten, sehr eindrucksvoll entgegen. Die eingebrachten Anträge sollen für künftige Verhandlungen als Material dienen. Da mit wurde die Versammlung geschlossen.

Neuer Lohn der Tapezierer. Durch Verhandlungen mit den Unternehmern wurde der Lohn für die Zeit vom 9. bis 14. Juli festgelegt auf 12 220 M. Nähererinnen erhalten 8858 M.

Verantwortlich für Politik: Walter Schill, Berlin; Wirtschaft: Fritz Salmons, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Revolution: Dr. John Schimanski, Charlottenburg; Voluntas und Sozialismus: Fritz Ruchardt, Berlin-Wilmersdorf; Angelegen: Th. Glöde, Berlin.

Verlag: Formärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Verlag Dr. E. E. E. und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Bei Korpulenz • Fettleibigkeit sind Dr. Hoffbauers ges. zesch. Entfettungs-Tabletten ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schlädrüse, kein Abführmittel, Ausführliche Broschüre gratis. Elefanteng-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

Bären-Stiefel
preiswert und erstklassig
zum Wandern
für die Berge
fürs Auto
fürs Motorrad
für die Jagd
und zum Reiten
sowie Haterischuhe
Kans Bähr Spezialhaus Berlin C. 19
Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)
und Kommandantenstraße 87
Verlangen Sie Illustr. Preisliste!



Niederlass.: München, Senzstr. 15, Berlin, Unter den Eichen 15, Braunschweig, Schillerstr. 15, Hannover, Koenigsplatz 21, Gießen (Hörs.), Kassel (Hörs.), Oberhausen (Hörs.), Köln (Petersstr.), Leipzig, Burgstr. 21, Osnabrück (Hörs.).

Gewinn-Auszug der 22./248. Preuß.-Süddeutschen Klassen-Lotterie 1. Klasse 1. Tag 10. Juli 1923

Ohne Gewähr Nachdruck verboten
A. Gewinne zu 10 Millionen bis 40 000 Mark
Die Nummern, bei denen nichts bemerkt, erhalten den Gewinn von 40 000 Mark.

1740 840 2152 3052 4540 6452 640 (10 Mill.) 7440	(60000) 1940 1040 540 14140 (60000) 15552 (60000)
17740 20352 (60000) 25140 25152 (60000) 28340 29040	432 30152 440 32652 33840 35840 37752 38702 40452
552 41940 43952 45952 46940 47152 49152 (250000) 50552	53840 (60000) 54740 (60000) 54710 (60000) 52 35052
53840 60852 61452 652 63252 64052 66152 340 67752	(80000) 60840 (60000) 70240 72540 652 79152 840 (80000)
80052 752 (80000) 81840 82052 (80000) 83240 86540	82 (60000) 940 (80000) 88440 89352 440 91040 93740
94140 95152 340 (80000) 96052 96640 99440 101252	940 (60000) 102840 103552 (80000) 107440 (60000) 108340
110540 852 111952 113940 114340 (60000) 118640 (60000)	119840 (60000) 120240 (60000) 121752 122152 (60000)
652 840 124240 130140 240 952 131240 (60000)	532 (60000) 132952 (60000) 133740 136452 142740 142652
143540 (80000) 652 (60000) 940 (60000) 147140 150940	(60000) 152552 153252 154852 155440 (80000) 159640
52 (60000) 740 161152 160000) 162940 164652 168152	(60000) 172352 (60000) 173452 740 174452 175452 752
176152 178152 (60000) 179540 180240 (60000) 182352	183152 186140 187940 188840 192340 193540 (60000)
196240 197852 200252 (60000) 203840 207740	209340 214340 217040 (60000) 240 220040 222452 226352
(60000) 229252 231452 232740 234552 (80000) 440 237252	239852 242452 244040 246140 248940 (100000) 249752
251452 252940 (200000) 254852 (60000) 257240 (80000)	259552 260840 (100000) 264740 265140 267840 (80000)
268840 (60000) 269440 640 271840 (60000) 272652 274452	(200000) 277140 278340 (600000) 282152 283652 (80000)
284240 340 286840 (5 Mill.) 940 286240 340 286552 289440	291252 292352 (60000) 296352 (80000) 297252 740 (100000)
300852 (60000) 301052 302352 752 (100000) 303840 304452	305852 306152 311840 740 312352 314340 319040 (60000)
316540 317340 320452 (60000) 652 (80000) 322252 323652	326952 (80000) 328340 329152 (60000) 252 740 331840
(60000) 332652 332 337040 (60000) 339552 341252 342352	(60000) 343340 452 (60000) 540 940 345052 346840
348752 349540 752 840 (80000) 350040 352 353240 (60000)	354040 (100000) 452 357340 359240 360052 352 363952
(60000) 364340 652 365552 367740 (80000) 370640 373252	374052 (60000) 376940 377352 378840 (60000) 380952
381352 383440 384652 387040 389752 391740 392752	393152 395052 (60000) 396252 402740 404252 440 406740
(60000) 407552 640 (60000) 412140 415040 418140 418252	419052 852 (60000) 420140 421252 (800000) 426640 (100000)
426540 426652 430140 (60000) 252 752 431552 433140	752 (60000) 434940 352 952 (60000) 435640 436040 (80000)
438840 (60000)	

Willst du preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25

Bettwäsche
Greifen Sie zu!
Trotz gewaltiger Steigerung, da tieferer
Warent, sehr billig:
Bettzeug 95.000, 130.000, 185.000
u. m. Kissen 20.000, 34.000, 48.000 u. m.
Laken 25.000, 35.000, 118.000 u. m.
Handtücher 14.000, 19.000, 28.000
u. m. Bettgarnituren, beste Ge-
ltinge, Zelte, Kissen, Damaste,
Lederlaken, Kissenbezüge u. m.
Bitte überlegen Sie sich
vor Einkauf bei uns!

Kühl & Kupferberg, Bettwäschefabrik
Invalidenstr. 6, Ede Bergstraße
(Rüde Stettiner Bahnhof)
Bitte genau auf Hausnummer achten!

Garderoben
auf Teilzahlung!
Für Herren:
Anzüge, Schläpfer,
Paletots, Hosen,
Regenmäntel.
Für Damen:
Mäntel, Kleider,
Kostüme, Röcke.
Berliner Credithaus
Oranienstr. 158 II

Zwei feste Preise!
Zähne 8000 u. 10000 M. Friedenskautschukplatte einbegriffen.
Teilzahlung gestattet. Weitgehende 3 Jahre schriftliche Garantie.
Kronen (Brückenabzahn ohne Gaumenplatte) v. 15000 M. Goldarbeiten billigst.
Parz. fachmännische Munduntersuchung u. Kostenanschlag gratis.
Über 20 000 Gebisse zur vollen Zufriedenheit geliefert.
Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung gratis.
Halvani, Danziger Str. 1 (Nochbahn Danziger Str.) Ecke Schlauberger Allee

Reste-Haus
C. Pelz
Kallbuser Str. 3
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mantel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!

Wirklich gut und preiswert
kaufen Sie noch im
Volks Schuhhaus
(L. Haus des Neuen Volkstheaters)
ISMA Köpenicker
Straße 68
Riesige Auswahl
in schwarz, u. farbig. Herren- u. Damen-
stiefeln sowie Halbschuhen, Kinder-
stiefeln, Leinwand und Sandalen.

Gardinen
Gutes, Ruckler,
Rebrusgarb., Bett-
decken, Quabeden.
Billige Preise,
gute Qualitäten sind
meine Reflekt.
Witze, Wollwaren
Gln. 66A, 1 Tr. 1. 9. 0. 0.

Volkskleidung
Hosen
Gummimäntel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berkaukleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 76/77.

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 35 000 bis 600 000 Mark.
Gold-, Silber-, Silberbruch kaut zum
Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle

B. Zymelski, Weißburger Str. 32
Legitimation erforderlich.

Hosen.
Beste Qualitäten.
Reiche Auswahl in
Streifenhosen, Mantelst.,
Breeches, engl. Leber-,
Zug- und Arbeitshosen
in allen Größen und Weiten.
Münch.-Glab. Hosenzentrale
D. 27 Blumenstr. 87
Blauer Laden.
2 Min. von der Jannowbrücke.
Acht. Sie genau auf Hausnummer.

Der gute
Kapitän
Kantabak
In den meisten
Zigarrengeschäften
erhältlich.
C. Röcker,
Berl., Lichtenberger
Straße 22. Kst. 3661

Nur
bei Erich Schulz
Neukölln
Kais.-Friedr.-Str.
220
a. d. Weichselstr.
kaufen Sie heute
noch gut und
preiswert
Strumpfhosen
Trikotagen
Wollwaren
Badtrikots
Badekappen
Damenschleier
Wolle
Nähgarne

Anzüge
Paletots
Hosen
fertig und nach Maß
Manchester - Loden
Knaben - Garderob.
Wäsche, Hüte
Gute Ware
Billige Preise
Auf Wunsch Zah-
lungsvereinfachung!
In Germanen
G. Prager
Brandenburger Str. 31
1. u. 2. E. E. E. E. E. E. E. E. E.

Gardinen
Sonderangebote u.
Gelegenheits-Röcke
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und
Kleiderstoffe.
Sonder-Sonderverkauf
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

**Weytola-
Haarfarbe - Haus**
Neuestes Verfahren
der Haarfarbkunst
und Haarenfärbung
sowie Haarstärkung,
ohne das Haar porös zu
machen, mittels meines
Haarfarb-Apparates.
Jedes Verfilzen oder
verbleichen Haar erhält wieder
sein natürliches Aussehen.
Separates Sprechzimmer.
W. Weitzelbeckstr. 14.

**Damen-
Mäntel**
Kostüme
Röcke
vom einfachsten bis
zum elegantesten.
Arbeitskleide
H. E. Karthaus,
Neukölln,
Silberstr. 60.

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammergarn,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Plüsch, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79

**Alt-Metall-
Ankauf**
zu höchst. Preisen
Curew, Neukölln
Jannowstr. 68
an der Bergstr.
2 Min. vom
Bahnhof Neukölln
Tel.: Str. 4407

**Restehandlg.
Haarpuder**
Goltzstr. 2
a. d. Jannowbrücke
Herren- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Feinwaren
bedeutend unter Preis!

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse** zahlr. unüberbietbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.